

Komitee 3 x Nein zu den Agrarvorlagen vom 12. März
eröffnet die Abstimmungskampagne

3 x Nein gegen agrarpolitische Zementierung und Verbandsbürokratie

Ein breit abgestütztes Komitee aus Bauern, Konsumenten, Natur-, Umwelt- und Tierschutz sowie politischen Parteien eröffneten am Montag in Bern ihre Kampagne für ein dreifaches Nein zu den Agrarvorlagen vom 12. März. Die Hauptbotschaft: Nur eine klare Ablehnung aller drei Vorlagen führt zu den überfälligen Reformen in der Agrarpolitik. Das Komitee wird von Bauern und Konsumenten getragen.

Drei Agrarvorlagen gelangen am kommenden 12. März zur Abstimmung. Sie haben eines gemeinsam: Sie verlangen nichts anderes als die Bestätigung der bisherigen, unbefriedigenden Agrarpolitik und stehen echten Reformen im Weg. Umweltschädigende Intensivproduktion würde nach wie vor staatlich unterstützt. Die kostspielige Verbandsbürokratie würde gestärkt.

Fortschrittliche Bauern sagen dreimal nein

Das Nein-Komitee wirft den grossen Agrarverbände vor, voll neben dem Trend zu politisieren. Immer mehr Schweizer Bauern haben nämlich die ökologischen und marktwirtschaftlichen Aufgaben begriffen. Über 40 000 Hektaren ökologische Ausgleichsflächen wurden 1994 gepflegt, der Biolandbau und die Integrierte Produktion sind im Aufschwung und über 70 000 Hektaren Getreideflächen wurden dank Extensio-Beiträgen vor Agrochemikalien verschont.

Parlament, Verwaltung und Bauernverband haben die ökologische Lektion hingegen nicht begriffen. Der Einfluss der "alten Grossbauernlobby" ist dort noch stark zu spüren. Nur so lassen sich ihre ökologischen Rückzieher der jüngsten Zeit erklären. Das ist der Grund, dass der fortschrittliche Teil der Bauern diese Politik nicht mehr trägt.

Was dem Schweizer Stimmvolk am 12. März 1995 vorgelegt wird, ist keine Landwirtschaftsreform. Für Ruedi Baumann, Nationalrat, Landwirt und Co-Präsident der Kleinbauern-Vereinigung VKMB ist klar: "Wer für die Bauern ist, muss dreimal nein sagen."

Keine staatlich geschützten Agro-Superkartelle

Wo kein Mut besteht, Tierfabriken, Hors-sol-Anlagen, Gentechnologie und Agro-Kartelle vom Agrarschutz auszuschliessen, muss am 12. März Mut gemacht werden. Monika Weber, Ständerätin und LdU-Präsidentin, erklärt dazu: "Vom Bund geschützte Agro-Superkartelle gehören nicht in die agrarpolitische Zukunft."

Natur und Konsumentenbedürfnisse dürfen nicht mehr aufs politische Nebengleis gestellt werden. Mit dem dreifachen Nein am 12. März kann der landwirtschaftliche Öko-Zug endlich mit Volldampf losfahren. Für Corina Schiess, Biobäuerin und Vorstandsmitglied des SBN-Schweizerischen

Bundes für Naturschutz gehört ein ökologischer Leistungsauftrag in die Verfassung. Nur so gelinge es, dass auch in Stadtnähe im Mittelland wieder mehr Blumenwiesen entstehen. "Unsere Kinder sollen Hase und Storch nicht nur aus dem Märchenbuch kennen!"

Der vorliegende Milchwirtschaftsbeschluss engt den Spielraum für naturnah produzierende Landwirte unnötig ein. Der Westschweizer Biolandwirt Alfred Hoffmann, Vizepräsident der Bio-Dachorganisation VSBLO kritisiert, dass der Handel mit Milchkontingenten ohne genügende ökologische Auflagen eingeführt wird und dass Betriebe mit hoher Umweltbelastung ihre Position sogar noch verstärken können.

Eine gute Information der Konsumenten und ökonomische Anreize für die nachhaltige Produktion wären nötig, um die schweizerische Landwirtschaft in Richtung Markt und Ökologie zu führen. Genau diese Voraussetzungen fehlen aber im Verfassungstext. Für Simonetta Sommaruga, Geschäftsführerin der Stiftung für Konsumentenschutz SKS ist das ein klares Signal, dass Konsumentenbedürfnisse weiterhin wenig Beachtung finden sollen.

Fortschritte für die Umwelt in Gefahr

Der WWF-Stiftungsratspräsident Raymond Durussel ist enttäuscht vom vorliegenden Verfassungsartikel, weil ein klarer ökologischer Leistungsauftrag und die Lenkungsabgaben auf umweltgefährdenden Pestiziden fehlen. Agrobetriebe, die die Umwelt gefährden oder schädigen, sollen dafür auch bezahlen müssen. Nach dem Verfassungstext werden sie aber noch belohnt. Ein dreifaches Ja berge zudem die Gefahr, dass die Landwirtschaft zwar auf kleiner Fläche ökologisch werde, andererseits mit grossen industriellen Betrieben die Umwelt nach wie vor gefährde.

Der Verfassungsartikel unterstützt weiterhin die industrielle Fleischproduktion. Tierfabriken und eine ungenügende Förderung tiergerechter Haltungsformen sind für Marianne Staub, Präsidentin des Schweizer Tierschutz STS, nicht geeignet, um das Vertrauen der Konsumentinnen in die Schweizer Landwirtschaft zu steigern. Die bisherige Devise muss umgekehrt werden, für die Zukunft hat zu gelten: "Klasse statt Masse"

Die breite Allianz aus Bauern, Konsumenten, Natur-, Umwelt- und Tierschutz erachtet das dreifache Nein zu den Agrarvorlagen vom 12. März 1995 für notwendig, um den Weg für die überfälligen Reformen in der Agrarpolitik zu öffnen. Das dreifache Nein ist gleichzeitig ein dreifaches Ja für mehr Natur, mehr Markt, weniger Bauernsterben und gesündere Lebensmittel.

Agrarvorlagen vom 12. März 1995

Wer für die Bauern ist, muss dreimal Nein sagen

Ruedi Baumann, Nationalrat (GPS), Co-Präsident der Kleinbauern-Vereinigung, Landwirt in Suberg /BE

Am 12. März stehen drei Agrarvorlagen zur Abstimmung. Sie stellen den Stimmbürgern nicht die Frage, ob sie die Bauern gut und sympathisch finden? Die Befürworter versuchen von den effektiven auf diese Fragestellung abzulenken, weil offensichtlich gute Argumente für die Verteidigung der Vorlagen fehlen. Es wird ein Klima der Einschüchterung verbreitet, um Opposition aus den eigenen Reihen zum Schweigen zu bringen. Doch fortschrittliche und eigenständige Bäuerinnen und Bauern lassen sich von den Verbänden nicht länger bevormunden und einspannen. Diese Bauernfamilien, die zu den Pionieren für umwelt- und marktgerechtere Landwirtschaft gehören, stimmen 3 x Nein am 12. März 1995.

Dafür haben sie gute Gründe. Denn den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern werden in Tat und Wahrheit am 12. März die folgenden Fragen gestellt:

- Wollt Ihr, dass jetzt in der Milchwirtschaft die gleichen Fehler gemacht werden wie bei der Hühner- und Schweinehaltung vor zwanzig Jahren? Soll aus der bäuerlichen eine industrielle Milchproduktion werden mit Tierfabriken, Umweltbelastung und noch mehr Überschüssen? Ein ungehemmter Handel mit Milchkontingenten, so wie er im Milchwirtschaftsbeschluss vorgesehen ist, wäre ein grosser und verheerender Schritt in diese falsche Richtung.

- Wollt Ihr, dass die grossen Landwirtschaftsverbände noch mächtiger und einflussreicher werden als sie schon sind? Dürfen Verbandsfunktionäre und Agrarbürokraten die Landwirtschaftspolitik weiter dominieren und trotz ihres dürftigen Leistungsausweises schalten und walten wie bisher? Und müssen Bauernfamilien diese Verbände künftig auch noch zwangsweise finanzieren, auch wenn sie von diesen keine Leistung beanspruchen, wie beispielsweise die Biobauern und Freilandtierhalter? Zwang beginnt immer dort, wo überzeugende Argumente fehlen. Das sind schlechte Vorzeichen für erfolgreiches Marketing. Das ist schlechte Werbung für die Landwirtschaft. Unsere Nahrungsmittel müssen durch Qualität, gute Tierhaltung und schonende Produktion überzeugen. Diese Notwendigkeit ersetzt kein Werbespruch.

- Wollt Ihr, dass längst fällige Reformen der Agrarpolitik noch weiter auf die lange Bank geschoben werden? Dürfen staatliche Gelder weiterhin mit der Gieskanne verteilt werden? Auch an Tierfabriken oder High-Tech-Gemüseproduktionsanlagen? Dürfen Konsumentinnen auch weiterhin nicht wissen, wie Nahrungsmittel erzeugt werden? Darf Chemie-Landwirtschaft weiterhin rentabler sein als umweltschonende Produktion? Das alles blüht uns mit dem "neuen" Agrarverfassungsartikel, der alles andere als etwas Neues bringt. Wie Ständerat Jagmetti an der Befürworter-Pressekonferenz offen zugeben musste, ändert dieser Artikel kein einziges Gesetz und keine Verordnung im Landwirtschaftsbereich.

Bäuerinnen und Bauern, welche die Herausforderungen der neuen Zeit annehmen, die schon heute die Verantwortung für eine umwelt- und tierfreundliche Produktion und den Absatz ihrer Erzeugnisse wahrnehmen, stimmen am 12. März 3 X Nein und hoffen, dass auch die Mehrheit der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dies tun werde.

Ein Super-Kartell - das kann nicht die Zukunft der Agrarwirtschaft sein

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Die drei Landwirtschaftsvorlagen vom 12. März 1995 bringen nichts anderes als eine Fortschreibung der bisherigen Agrarpolitik, deren Versagen offenkundig geworden ist und von kaum jemandem mehr bestritten wird. Eine ausgesprochene Fehlleistung sind nun die vorgeschlagenen sogenannten "Solidaritätsbeiträge" und auf diese möchte ich mich konzentrieren. Ich vertrete damit einen wirtschaftspolitischen Standpunkt, und trete für die Konsumenteninteressen ein. Gesetzlich verordnete Solidarität ist immer problematisch, und wenn sie zum Zwang wird ist sie letztlich einer Demokratie und einer freien Wirtschaft systemfremd. Es geht denn hier auch nicht um eine echte Solidarität, sondern darum, für die Vermarktung landwirtschaftlicher Güter Zwangskartelle aufzubauen. In der übrigen Wirtschaft sollen, wenigstens in der Theorie, Kartelle abgebaut werden. Im Landwirtschaftsbereich, wo dringend mehr Markt und Wettbewerb nötig wären, sollen nun neue Kartelle aufgebaut werden.

Die Vermarktung von Produkten aller Art ist eine typische Aufgabe für Unternehmungen, die miteinander im Wettbewerb stehen. Erfolgreiche Methoden behaupten sich, erfolglose Methoden verschwinden dank fehlendem Gewinn. Wer Landwirtschaftsprodukte erfolgreich vermarkten kann, ist nicht darauf angewiesen, dass der Staat die Produzenten zu Zwangsbeiträgen verpflichtet. Staatlich verordnete Zwangsbeiträge führen nur dazu, dass bei der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte die Misswirtschaft weiter finanziert werden kann.

Bauern und Verwerter landwirtschaftlicher Produkte, die ein erfolgreiches Marketing betreiben, weil sie bereit waren neue Wege zu gehen, werden nun bestraft, indem sie das - offensichtlich aufgrund eigener Leistungen nicht erfolgreiche - Marketing der Konkurrenz, d.h. der traditionellen Agrarverbände mitfinanzieren müssen. Damit werden Innovationen verhindert, und die Verwerter (Milchwirtschaftsbeschluss) müssen noch die Verluste der Konkurrenz mitfinanzieren. Mit diesen Zwangsbeiträgen und Zwangskartellen werden also die Strukturen im nachgelagerten Bereich der Landwirtschaft weiterhin zementiert.

Die Kosten für ein derartig ineffizientes System tragen letztlich die Konsumenten und Konsumentinnen oder die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen. Denn, so frage ich mich, wollen die Bauern, die ohnehin schon auf staatliche Zuwendungen angewiesen sind, Beiträge bezahlen im Gesamtbetrag von 180 Mio. Franken?

Jede Erfahrung zeigt, dass eine Zwangskartellisierung - wie eigentlich jede Kartellisierung - letztlich zu einem Zusammenbruch führen muss. Es ist deshalb unverständlich, weshalb man ständig von Revitalisierung und Liberalisierung redet, aber nun neue Kartelle vom Staat verordnen will. Die Landwirtschaft und die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte ist eine zu wichtige Angelegenheit, als dass man sie wie bis anhin mächtigen Verbandvertretern überlassen könnte.

ALFRED HOFFMANN

Jolimont • Case postale • CH-1304 Cossonay-Ville
Tél. (021) 861 13 02 • Fax (021) 861 14 43

NEIN ZUM HANDEL MIT MILCHKONTINGENTEN !
Für eine Milchwirtschaft, welche die Umwelt und das Vieh
berücksichtigt, aber ohne Tierfabriken
und Massenproduktion

Falls der neue Milchwirtschaftsbeschluss, der von unserem Parlament im April 1994 angenommen wurde, in Kraft tritt, so werden die Konsumentinnen und Konsumenten der Schweiz keine andere Wahl mehr haben, als Milch von immer industrialisierteren Betrieben zu kaufen, welche weder die Umwelt noch die Tiere berücksichtigen.

Wir haben das Referendum (welches im Juli 1994 zustande kam) gegen den neuen Milchwirtschaftsbeschluss aus folgenden Gründen ergriffen:

- 1) Er benachteiligt die Bauern, welche nach biologischen Richtlinien arbeiten, die Kleinbauern und die Bergbauern.
- 2) Er erlaubt den Handel sowie die Vermietung von Milchkontingenten ohne jegliche ökologische Auflage.
- 3) Er bedeutet eine unbestreitbare Ungerechtigkeit: wir stellen fest, dass alle diejenigen Bauern, welche während der Referenzjahre 1976-1978 eine massvolle Milchproduktion betrieben haben (wie vom Bundesamt für Landwirtschaft empfohlen) getäuscht und verraten worden sind, und es mit diesem Beschluss zum zweiten Mal werden. Die Kleinbauern, die Biobauern und die Bergbauern werden die Mittel nicht aufbringen können, um diese teureren Milchkontingente - welche damals gratis abgegeben wurden - zu bezahlen.
- 4) Durch die Bevorzugung der Intensivproduktion ignorieren unser Parlament und unsere Behörden einmal mehr die Forderungen der Konsumentinnen und Konsumenten nach gesunden und natürlichen Produkten: die intensive Produktion fördert den Gebrauch von Hormonen und Medikamenten für das Vieh, sowie Antibiotika-Zusätze in den Futtermitteln. Immer grössere Prozentsätze dieser Substanzen werden sich dadurch in den zum Kauf angebotenen tierischen Produkten befinden.

Schlussfolgerung: Damit unsere Milch auch in Zukunft ein natürliches, gesundes Qualitätsprodukt von bäuerlichen Betrieben, welche die Natur, die Umwelt und die Tiere respektieren, bleibt, ist es unerlässlich, dass wir den im neuen Milchwirtschaftsbeschluss vorgesehenen Kontingentshandel durch ein klares NEIN ablehnen.

QUALITÄT STATT QUANTITÄT, KLASSE STATT MASSE

Obwohl Bauern eine enge und alltägliche Verbindung zu Boden, Luft, Tiere und Pflanzen haben, haben sie Forschung und Beratung geglaubt, die die Landwirtschaft als Industrie sahen und die die Landwirte auf den Pfad des "immer schneller, immer mehr und immer billiger" schickten. "Masse statt Klasse", hiess die Devise! Die Folgen davon kennen wir: Bauernhofsterben, überdüngte Böden und Seen, leidende Tiere und verunsicherte Konsumenten.

Gemäss einer vom STS in Auftrag gegebene Studie vom Juli 94 ist Tierquälerei ein Thema, das eine grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung belastet. Fast die Hälfte der Befragten gab an, weniger Fleisch zu essen als früher. Als Hauptgründe für den reduzierten Fleischkonsum werden gesundheitliche und tierschutzethische Gründe genannt. Dass vieles im Argen liegt und nun endlich gehandelt werden muss, zeigen uns die Berichte über Umwelt- und Lebensmittelskandale und die erschreckenden Berichte über das Los vieler Nutztiere in den Ställen, auf Tiertransporten und in Schlachthöfen.

Immer mehr Leute sind sensibilisiert in bezug auf Fragen des Tier-und Umweltschutzes und der Lebensmittelqualität. Mit Recht wollen die Konsumentinnen und Konsumenten heute wissen, woher die Lebensmittel, die sie kaufen sollen, stammen und wie sie erzeugt wurden. Immer mehr Konsumentinnen und Konsumenten ziehen inzwischen Produkte aus tiergerechter Haltung und umweltschonendem Anbau vor. Das heisst, immer mehr Menschen wünschen sich eine Landwirtschaft, die den Nutztieren ein tiergerechtes Leben gönnt; die Boden, Luft und Gewässer schont, und sie wünschen sich eine Landschaft, die auch noch Platz für Schmetterlinge, Hasen und Rebhühner hat: Vielfalt statt Einfalt!

Diese Sensibilisierung der Menschen und der glücklicherweise feststellbare Wertewandel in unserer Gesellschaft würden eine Chance bieten, endlich die anstehenden und dringlichen Probleme im Umwelt- und Tierschutz zu lösen und das schwindende Vertrauen der Konsumenten und Konsumentinnen wieder herzustellen. Damit würde sich die Schweizer Landwirtschaft mit ihren Produkten positiv vom Ausland und den Importprodukten abheben. Sie würde einer bewährten schweizerischen Tugend folgen: **QUALITÄT STATT QUANTITÄT, KLASSE STATT MASSE.**

Doch wenn es nach dem Willen des Bundesrates, der Mehrheit des Parlamentes und der Agrarlobby geht, wird diese Chance nun leichtfertig vertan. Das Parlament hatte nämlich bei seiner Beratung zur "Agrarreform" im letzten Herbst den ökologischen und tierschutzethischen Leistungsnachweis gestrichen. Die Direktzahlungen sollen nicht mehr von einem schonenden Umgang mit der Umwelt und den Tieren abhängig gemacht werden, sondern nach dem Giesskannenprinzip an alle Landwirte, auch an tausende von Betrieben mit erwiesenermassen nicht tiergerechter Haltung, verteilt werden. Zudem wurden die Deklarationspflicht und die Lenkungsabgaben verworfen. Dies ist umso unverständlicher, als der UNIVOX-Bericht vom letzten Herbst zeigte, dass die Bürgerinnen und Bürger der tier- und umweltgerechten Produktion den höchsten Stellenwert einräumt, als weit wichtiger einschätzte als andere Funktionen der Landwirtschaft, wie etwa: Produktion von Lebensmitteln; Landschaftspflege oder gesicherte Ernährung in Krisenzeiten. Über 90% der Befragten forderten ein Deklarationspflicht.

Die Politik, die sich hier abzeichnet, zielt auf eine Zementierung des Bisherigen ab, wird aber manches noch verschlimmern. Sie ist auf eine Verindustrialisierung der Landwirtschaft ausgerichtet, zur Förderung der Konkurrenzfähigkeit soll Massenware hergestellt werden.

Offensichtlich soll die EU-Landwirtschaft als Vorbild dienen. Der Schweizer Bauer soll mit dem englischen Farmer, der in seinen Ställen 150'000 Hühner mästet, und dem holländischen Unternehmer, der mit 2000 Mutterschweinen züchtet, um die Wette produzieren: nach dem Motto "immer mehr, immer schneller, immer billiger". Das Gespenst der Tierfabriken, das in der Schweiz gebannt zu sein schien, taucht wieder auf.

Wollen wir das? Sollen den Importprodukten von Käfigeiern, Qualfleisch und Giftgemüsen, Schweizer Produkte entgegengestellt werden, die nach der gleichen Devise produziert werden?

Nein. Wir wollen Schweizer Bauern und Schweizer Produkte, auf die wir stolz sein können. Die Schweiz ist ein reiches Land, reich genug, um sich eine bäuerliche, eine tierfreundliche und umweltschonende Landwirtschaft leisten zu können - aber nicht reich genug, um dereinst die Folgekosten einer industrialisierten Landwirtschaft mit Tier- und Pflanzenfabriken bezahlen zu können.

Deshalb verdienen die Vorlagen, insbesondere der Gegenvorschlag, auf den ich mich konzentriert habe, welcher Direktzahlungen ohne die Auflagen "tier- und umweltgerecht" möglich macht, ein klares Nein. Das macht den Weg frei für eine zeitgemässe Agrarpolitik.

Marianne Staub, Präsidentin Schweizer Tierschutz STS

Medienkonferenz vom 16. Januar 1995
3xNein zu den Agrarvorlagen vom 12. März 1995

Gegen eine Agrarpolitik ohne Rücksicht auf die KonsumentInnen

Von Simonetta Sommaruga, Geschäftsführerin der Stiftung für Konsumentenschutz

Für 85% der KonsumentInnen ist klar: Sie wollen Auskunft über die Anbaumethoden von Lebensmitteln und über die Art der Tierhaltung. Deshalb fordern sie eine obligatorische Deklarationspflicht.

Warum also werden die Hors-sol-Tomaten und die Gewächshaustomaten noch immer nicht deklariert? Warum hat der Bundesrat den Täuschungsartikel im Lebensmittelgesetz (Art. 18, Art. 21 LMG) noch immer nicht umgesetzt?

Vergeblich warten die KonsumentInnen auf klare Angaben bei den Lebensmitteln, und das Ende der Deklarationsverhandlungen für nur eine einzige Produktionsart ist nicht abzusehen. Denn ausgerechnet jene Kreise, die sich immer wieder lautstark für Liberalisierung und Wettbewerb aussprechen, scheuen - wenn es um ihr eigenes Produkt geht - genau jenen Wettbewerb, der eben nur mit einer Deklaration überhaupt möglich wird.

Alle jene KonsumentInnen, die gehofft haben, wenigstens im neuen Landwirtschaftsartikel eine Deklarationsvorschrift anzutreffen, sind enttäuscht. Einmal mehr müssen sie zur Kenntnis nehmen, dass ihr Wunsch im Parlament nicht ernst genommen wurde. Der Antrag, eine Deklarationspflicht - wenigstens in der 'kann'-Form - in den Verfassungsartikel aufzunehmen, wurde abgeschmettert von einer Mehrheit des Parlamentes, die sich offenbar keinen Deut um die Konsumentenangelegenheiten kümmert.

Einen solchen Verfassungsartikel werden jene KonsumentInnen, die nicht mehr wollten als eine Möglichkeit, sich zu informieren, ablehnen. Denn das Signal ist klar: Diese Agrarpolitik hat kein Interesse an den KonsumentInnen. Diese Agrarpolitik kümmert sich in erster Linie um die Pfründen der Tierfabrikanten und der Grossbauern.

Die KonsumentInnen sollen sich über den neuen Verfassungsartikel aber trotzdem freuen, denn man verspricht ihnen immerhin, dass die Lebensmittelpreise sinken. So einfach lassen sich die KonsumentInnen aber keinen Sand in die Augen streuen. Sie wissen, dass die Preise, die sie beim Einkaufen für Lebensmittel bezahlen, nur Eines sind. Ein Anderes hingegen sind jene Millionen, mit denen sie als SteuerzahlerInnen weiterhin die umweltbelastenden Tierfabriken und die unnötige Überschussverwertung mitfinanzieren müssen.

Deshalb kaufen die KonsumentInnen nicht nur weiterhin bewusst ein; sie werden am 12. März an der Urne auch sagen, dass sie in Zukunft zwar bereit sind, für gesunde und umweltverträglich produzierte Lebensmittel einen gerechten Preis zu bezahlen. Zu einem Agrarmarkt, der sich immer mehr an Hors-sol-Methoden und Tierfabriken klammert, sagen sie hingegen ganz klar 'Nein'.

RAYMOND DURUSSEL
Président du Conseil de fondation du WWF Suisse
Conseil de fondation du WWF International

Ballaigues, le 16 janvier 1995

Le Bugnon 1338 BALLAIGUES
Tél. 021/ 843 15 13 / 843 21 43
Fax 021/ 843 37 08

Conférence de presse **3 x NON**

Berne, 16 janvier 1995

Le WWF ne veut pas d'une agriculture à deux vitesses

Le Conseil de fondation du WWF Suisse a pris clairement position contre les trois objets agricoles qui seront soumis au vote populaire le 12 mars prochain.

En matière agricole, le WWF défend une politique écologique, respectueuse de l'environnement et alliant une production proche de la nature et des consommateurs tout en sauvegardant espèces et paysages.

Or, l'article constitutionnel que propose le gouvernement, s'il n'empêche pas l'aide aux exploitations respectueuses de l'environnement, fera la part belle à une agriculture intensive de type industrielle avec fabriques d'animaux, l'exploitation hors sol. etc., avec quelques exploitations "bio" comme alibi. Sans résoudre les problèmes urgents, cet article pourrait être introduit pratiquement sans modifications des innombrables textes existants... c'est dire son efficacité !

Les autres propositions du gouvernement étonnent par leur soumission aux diktats classiques de Brugg.

Le WWF s'est donc décidé pour un soutien important (env. 110'000.-) à la campagne de votation, sous deux formes:

- aide financière et participation à la campagne nationale
- campagnes régionales par ses sections sur les thèmes liés à la protection de l'environnement.

Le WWF prône le 3 x NON avec d'autant plus de vigueur et de sérénité, qu'il défend une alternative globale intégrant dans un article constitutionnel (**initiative "Paysans et consommateurs"**) les éléments permettant une politique agricole cohérente tenant compte des intérêts des consommateurs dans le **cadre indispensable du respect de l'environnement pour toutes les composantes de l'agriculture.**

Il appelle donc le Peuple à **refuser clairement les trois objets agricoles qui lui sont proposés** le 12 mars prochain.

Raymond Durussel

Pour tous renseignements complémentaires: M. Urs Meier, 01'297'22'33.

Wir liegen mit der Abstimmungskampagne richtig

Angaben zur Abstimmungskampagne vom 12. März 1995

Von Rudolf H. Strahm, Nationalrat

Einige Angaben zur Abstimmungskampagne des 3xNein-Komitees

Wir erachten es als demokratisch, über die Abstimmungskampagne offen Auskunft zu geben. Es ist nichts vertrauensschädigender, als diese halb-anonymen Abstimmungskomitees mit dubiosen Hintermännern und PR-Agenturen.

Unsere Kampagne ist offen und transparent. Wir können darüber Auskunft geben. Hier einige Elemente unserer Abstimmungsorganisation:

- In der überparteilichen 3xNein-Koalition haben sich sehr viele Organisationen und Institutionen zusammengefunden, die mit der heutigen Agrarpolitik nicht mehr einverstanden sind:
 - bäuerliche Organisationen: Kleinbauernvereinigung VKMB (die die beiden Referenden lancierte und koordinierte), Vereinigung Schweizerische Biolandbau-Organisationen etc. Die bäuerlichen Kreise sind in dieser Abstimmung gespalten.
 - Tierschutzorganisationen (STS, KAG)
 - Konsumentenschutz-Organisationen (SKS u.a.)
 - Umweltschutzorganisationen (namentlich SBN, WWF Schweiz, SGU)
- Weitere Institutionen werden die Kampagne unabhängig von dieser Koalition unterstützen: Parteien, Grossverteiler. Die Umweltverbände mobilisieren in einer „Schützer-Kampagne“ die kantonalen und lokalen Komitees
- Der Leitungsausschuss besteht aus sechs Leuten. Dieser wird geleitet und koordiniert von Herbert Karch, Sekretär der VKMB.
- Als PR-Berater und Journalist wirkt Erwin R. Müller, Curio, mit, der bereits in der ersten Kleinbauern-Initiative, bei der Kampagne „Strom ohne Atom 3xJa“, bei der Alpeninitiative mitwirkte.
- Es wurde in unserem Auftrag beim GfS-Forschungsinstitut (Direktor Claude Lonchamp) eine Meinungsbefragung durchgeführt, die zeigt, dass wir mit unserer Argumentation richtig liegen: Seit Mitte der 80er Jahre ist die Agrarpolitik zunehmend umstritten (Zuckerbeschluss-Referendum, Kleinbauern-Initiative, Rebba-Beschluss). Die Mehrheit der Bevölkerung ist unzufrieden mit der Landwirtschaftspolitik und findet

1. Die Kluft zwischen Klein- und Grossbauern und die Subventionen an die Grossbauern stossend,
 2. Es sollte mehr für tiergerechte und umweltschützende Landwirtschaft getan werden;
 3. Die Verbandswirtschaft sei ineffizient.
- Die Abstimmungskampagne wird 1 bis 2 Millionen Franken kosten. Der grösste Teil (80-90%) der Mittel wird von Spendern und Spenderinnen aufgebracht. Nur ein kleiner Teil der Mittel wird von den Organisationen direkt eingeschossen. Von Grossverteilern wird kein Rappen beigetragen; wir hoffen aber, dass die Grossverteiler selber diese Vorlagen bekämpfen werden.

Zur Gatt-Kampagne

Wir werden aus dieser Abstimmungskampagne keine Gatt-Vorabstimmung machen. Der Bauernverband und auch der Bundesrat versuchten, das Parlament und die Bevölkerung mit der Gatt-Argumentation unter Druck zu setzen. Dies ist unehrlich und sachlich unrichtig aus folgenden Gründen:

1. Die drei Vorlagen vom 12. März haben rechtlich nichts, aber auch gar nichts, mit dem Gatt zu tun. Sie wurden vorher konzipiert, und die Gatt-Argumentation wird jetzt nachträglich herbeigezogen.
2. Die Gatt-Anpassung der Landwirtschaft erfolgt über die Gatt-Lex Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetzrevision), die am 12. März nicht zur Diskussion steht.
3. Die Erhöhung der Direktzahlungen an die Landwirtschaft im Rahmen der Gatt-Anpassung wurde andernorts geregelt (es wäre dafür nicht einmal die Gatt-Lex nötig).